

# „Wer Vertrauen haben will, muss Probleme lösen“

## EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla wirbt in Aachen für ein soziales Europa und einen Fonds für die Opfer der Globalisierung

VON UNSERER REDAKTEURIN  
ANJA INGENRIETH

**AACHEN.** „Wer das Vertrauen der Menschen gewinnen will, muss sich ihrer Probleme annehmen“, sagt Vladimir Spidla. Der ehemalige tschechische Ministerpräsident ist in Europa für das zuständig, wovon derzeit die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer viel und gerne reden – die soziale Dimension der EU. Sein Problem: Als Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit hat er kaum Kompetenzen. Denn viele seiner Anliegen sind originäre Aufgaben der Nationalstaaten. Mehr als gemeinsame Zielvorgaben zu entwerfen und deren Einhaltung anzunehmen, kann der Brüsseler Kommissar vielfach nicht tun. „Es geht nicht darum, einen europäischen Wohlfahrtsstaat zu errichten, sondern darum, einen europäischen Mehrwert zu schaffen“, sagte Spidla am Montagabend in Aachen bei einer Ver-

anstaltung zum „sozialen Europa“ von „Europäische Horizonte“ – einer Initiative, der auch Stadt und RWTH angehören.

### „Vernünftige Idee“

Was Spidla damit meint, zeigt das jüngste Projekt der EU-Kommission: Ein Fonds, mit dem die Folgen der Globalisierung für Arbeitnehmer abgedeckt werden sollen. Da die Mitgliedsstaaten von den 500 Millionen Euro jährlich einen großen Teil tragen sollen, sind Länder wie Deutschland, die eigene Etat-Lücken stopfen müssen und mehr ins EU-Budget einzahlen, als sie durch Brüsseler Fördertöpfe herausbekommen, wenig begeistert von der Idee.

Auch wenn der Fonds politisch ein gewolltes Signal setzen würde, das da lautet: Brüssel setzt nicht nur auf Markt und Liberalisierung pur, sondern achtet auf die soziale Balance. „Die Konzeption ist vernünftig. Ich glaube, dass der

Fonds eine Mehrheit finden wird“, gab sich Spidla optimistisch. Doch er weiß, dass der Hilfstopf ohne eine Einigung im Streit über ein EU-Budget für 2007 bis 2013 keine Chance hat. Diese ist in weiter Ferne, weil die Franzosen keine Abstriche bei der EU-Förderung für ihre Bauern akzeptieren und die Briten nicht von ihrem Beitrags-Rabatt lassen wollen. Ein

weiteres Beispiel für das Dilemma Brüssels ist die Dienstleistungsrichtlinie. Die von der Kommission geforderte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte gilt als ein Kernstück der Lissabon-Ziele für mehr Wachstum und Beschäftigung. Geschätztes Job-Potenzial: 600 000 in Europa und 80 000 in Deutschland. „Wachstum und Jobs sind notwendige Vorausset-

### DCB: Dienstleistungs-Richtlinie zurückziehen

Die EU-Kommission steht zunehmend unter Druck, ihre umstrittenen Vorschläge zur Öffnung des europäischen Dienstleistungsmarktes zurückzuziehen. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer forderte in Brüssel, die Kommission solle eine neue Richtlinie ausarbeiten, die den Forderungen nach einem besseren sozialen Schutz der Arbeitnehmerrechte Rechnung trage. Bisher wagt sich

der zuständige EU-Kommissar Charlie McCreevy, auf den vorliegenden Entwurf komplett zu verzichten. Zunächst einmal sei das Europaparlament am Zug, das Änderungen an dem Gesetzeswerk anbringen könne. Laut Sommer wächst aber in der Brüsseler EU-Behörde die Einsicht, dass die vielen Veränderungen das Gesetzeswerk so grundlegend verändern würden, dass es sinnvoller wäre, einen neuen Entwurf vorzulegen. (gac)

zungen, um den Sozialstaat zu erhalten“, so Spidla. Die Gegner der Richtlinie fürchten Sozialdumping, wenn Dienstleister etwa nach polnischen Vorschriften in Deutschland tätig werden könnten. Die Richtlinie wurde zum Inbegriff für ein neoliberales Europa. Wegen einer Protestwelle – vor allem aus Deutschland und Frankreich – liegt das Projekt auf Eis und ist in der vorgesehenen Form wohl gestorben. „Niemand weiß derzeit, was da am Ende rauskommt“, sagte Spidla in Aachen rätlos. Europa ringt also weiter um die Balance zwischen Wachstum und sozialem Schutz. Und viel mehr als die Summe seiner 25 Mitglieder kann die EU nicht tun. Dennoch betonte Spidla: „Ein Festhalten am Status quo geht angesichts von 19 Millionen Arbeitslosen nicht.“ So hält der Kommissar weiter das Ziel der Vollbeschäftigung hoch. Auch wenn ihm klar ist, dass dies „eine moralische“ Vorgabe ist, keine realistische.